

Ernst Schürch  
Präsident AKK  
Hauptstrasse 11  
4497 Rünenberg

praesidium@akkbl.ch



---

**Amtliche Kantonalkonferenz  
der Lehrerinnen und Lehrer  
des Kantons Basel-Landschaft**

---

Rünenberg, 15. November 2011

Herr Regierungsrat Adrian Ballmer  
Vorsteher Finanz- und Kirchendirektion FKD  
Rheinstrasse 33b  
Postfach  
4410 Liestal

## **Offener Brief an Herrn Regierungsrat Adrian Ballmer**

Sehr geehrter Herr Ballmer

In den letzten Tagen haben Sie sich im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zum Entlastungspaket 12/15 mehrfach öffentlich in verschiedenen Medien über die Lehrkräfte des Kantons Basel-Landschaft geäußert. Leider haben Sie dies in einer Art und Weise getan, welche Respekt und Sachlichkeit vermissen lassen. Wir vermuten, dass Ihnen schlicht die Argumente fehlen und Sie deshalb polemisieren. Mit keinem Satz sind Sie auf die Vernehmlassungsantworten der Lehrerorganisationen eingegangen. So sehen wir uns gezwungen, auf diesem Wege zu einigen Ihrer Aussagen Stellung zu beziehen und die Fakten zu den wichtigsten Punkten noch einmal darzulegen.

Generell fragen wir uns, wozu überhaupt eine Vernehmlassung durchgeführt wurde, wenn die Eingaben sowieso nicht berücksichtigt werden. Hätten wir uns diese Arbeit sparen können? Bei verschiedenen Gelegenheiten haben Sie erwähnt, es seien keine Alternativen vorgeschlagen worden. Mindestens in unserer Antwort steht, dass die Finanzen des Kantons mit Massnahmen auf beiden Seiten des Budgets in Ordnung gebracht werden müssen. Auch wenn die Einnahmenseite für Sie tabu scheint, heisst das noch lange nicht, es seien keine entsprechenden Vorschläge gemacht worden.

In der Basellandschaftlichen Zeitung vom 9. November sagen Sie, die Lehrer müssten einsehen, dass sie keine spezielle Gruppe seien. Offensichtlich haben Sie unsere Vernehmlassungsantwort nicht gelesen, sonst wüssten Sie, dass wir uns in erster Linie um die Gute Schule Baselland und nicht um uns selbst Sorgen machen. Durch die Sparmassnahmen im Bildungsbereich geht Qualität in den Schulen verloren! Die Regierung soll doch ehrlich zu dieser Tatsache stehen. Übrigens: Wir Lehrkräfte sehen uns tatsächlich nicht als spezielle Gruppe. Wir würden gerne wie alle anderen Angestellten des Kantons behandelt werden, so zum Beispiel bei der Regelung der fünften Ferienwoche. Die jetzt gültige Sonderregelung ist eine reine Verschiebung von Arbeit und somit eine Mogelpackung.

In der gleichen Zeitung sagen Sie, dass Sie von uns Lehrkräften mehr Produktivität erwarten würden, weil wir ja bei der Unterrichtsvorbereitung aufs Internet zurückgreifen könnten. Damit beweisen Sie, dass Sie keine Ahnung von der Arbeit einer Lehrkraft haben. Oder wollen Sie suggerieren, man könne heute seine Unterrichtsvorbereitung irgendwoher aus dem Internet runterladen? Selbstverständlich nutzen viele Lehrkräfte das Internet für den Unterricht. Der Einsatz dieses Mediums ist anspruchsvoll und braucht eher mehr Zeit als die Arbeit mit anderen Lehrmitteln. Häufig kann eine konkrete Vorlage aus dem Internet gar nicht übernommen werden. Beim Unterrichten gibt es im Detail keine Standardlösungen, heutige Klassen sind sehr heterogen zusammengesetzt und verlangen entsprechende Vorbereitungen. Zudem arbeiten auch im Jahr 2011 noch die meisten Lehrkräfte mit ihren privaten Geräten, weil die Schulträger keine oder nur wenige zur Verfügung stellen.

Mit der Zusatzlektion für Fachlehrkräfte der Sekundarstufen I und II wird das Entlastungspaket für die Schulen tatsächlich zur Belastung! Fachlehrkräfte müssen mehr unterrichten und müssen sich deshalb aus der Schulentwicklung und von Aufgaben des Schulalltags verabschieden. Dadurch sind Klassenlehrkräfte gezwungen, verstärkt gewisse Zusatzaufgaben zu übernehmen. Beides ignoriert die Resultate der

Arbeitszeiterfassung und der Mitarbeitendenumfrage in sträflicher Art! Es ist unmissverständlich ausgewiesen, dass bereits heute viele Lehrkräfte sehr viele unbezahlte Überstunden im Interesse ihrer Schülerinnen und Schüler leisten und an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen. Das will die Regierung nun noch steigern, ohne sich um die gravierenden Auswirkungen zu kümmern. Wir verlangen von der Regierung, dass sie den Einwohnern des Kantons reinen Wein einschenkt und öffentlich deklariert, was die Schulen künftig nicht mehr leisten können.

Wir befürchten, dass die Bildungsharmonisierung scheitert. Mit der Regelung der fünften Ferienwoche und der zusätzlichen Pflichtstunde für Fachlehrkräfte nimmt die Regierung den Schulen sehr viele Ressourcen für die Schulentwicklung. Wäre es nicht ehrlich und in der Sache richtig, HarmoS im Kanton Basel-Landschaft unter diesen Voraussetzungen vorläufig zu sistieren? Hat die Regierung den Mut zu diesem Schritt?

In der Sendung 061-live vom 9. November im Tele Basel äussern Sie sich zu den Klassengrössen. Sie sagen, die grösseren Klassen würden keinen Abbau an Qualität bedeuten. Dem widersprechen wir vehement. Schule findet im Jahr 2011 unter anderen Voraussetzungen statt und hat ganz anderen Anforderungen und Ansprüchen zu genügen als noch vor wenigen Jahrzehnten. Es ist ein wesentlicher Faktor, ob dies in einer Klasse mit 20 oder mit 26 Schülerinnen und Schülern geschieht!

Zusätzlich behaupten Sie in der gleichen Sendung, ein Grossteil des Unterrichts werde in Halbklassen, Kleingruppen oder einzeln gegeben und deshalb sei die Baselbieter Schule so teuer. Diese Behauptung ist schlicht falsch. Die meisten Stunden in einer Regelklasse finden im Ganzklassenunterricht statt. Einzig in Werken, Textilem Gestalten, Hauswirtschaft, den naturwissenschaftlichen Praktika und im Grundkurs Informatik werden die Klassen geteilt. Dies hat seine Gründe: Zum einen sind nicht genügend Arbeitsplätze für die ganze Klasse vorhanden, zum anderen wäre es beim Arbeiten mit Maschinen, Geräten und gefährlichen Materialien schlicht ein zu grosses Risiko, alle gleichzeitig zu unterrichten. Einzelstunden oder Stunden in einer Kleingruppe sind meistens Massnahmen der Integrativen Schulung. Damit wird letzten Endes gespart, weil viele Schülerinnen und Schüler damit integrativ statt separativ unterrichtet werden können.

In der Sendung 7 vor 7 am 8. November rufen Sie dazu auf, dass nun alle Leute vernünftig sein müssten und demokratische Entscheide zu akzeptieren seien. Herr Ballmer, wir nehmen Sie beim Wort und erwarten, dass Sie auch so handeln. Wir sind vernünftig und verlangen nach wie vor, dass Bildung nicht kaputt gespart werden darf. Wir akzeptieren die demokratischen Entscheide, welche in den letzten Jahren vom Volk und vom Parlament getroffen wurden. Wir nennen die wesentlichen Punkte: Sekundarschule unter einem Dach / Übernahme der ehemaligen Realschulen durch den Kanton, Übernahme der Sonderschulung durch den Kanton nach dem Rückzug der IV aus der Volksschule, Übernahme der Berufsfachschule Gesundheit durch die BKSD, Bildungsharmonisierung mit allem was dazu gehört, vermehrte und verstärkte Integrative Schulung, Leistungsauftrag an die Fachhochschule NWCH, verstärktes Engagement an der Uni Basel.

Das alles wurde demokratisch beschlossen, bringt teilweise deutlich mehr Leistung und erfordert aber auch zusätzliche finanzielle Mittel. Unser Verständnis von Demokratie sagt, dass das zu akzeptieren ist. Das Entlastungspaket versucht das Gegenteil: Mit leeren Schlagwörtern wie Opfersymmetrie und Effizienzsteigerung sollen finanzpolitische Fehlentwicklungen der letzten Jahre korrigiert werden. Man kann nicht mehr Leistung bestellen und gleichzeitig Steuergeschenke machen, diese Rechnung kann nicht aufgehen!

Wir rufen dazu auf: Die katastrophale Finanzpolitik der letzten Jahre darf nicht mit einem einseitigen Entlastungspaket auf dem Buckel der Schulen und der Lehrkräfte ausgesessen werden. Es braucht ein Umdenken auf beiden Seiten des Budgets. Wir werden uns auch künftig gegen unsinniges und schädliches Sparen wehren! An der Bildung darf nicht noch mehr gespart werden!

Freundliche Grüsse

Ernst Schürch, Präsident AKK